

Vollswirtschaft.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschösterreichs.

Gründung eines Bundes für Wirtschaftsfreiheit.

Unter reger Beteiligung von Vertretern landwirtschaftlicher, industrieller, kaufmännischer und genossenschaftlicher Korporationen aller Parteien fand gestern die gründende Versammlung des Bundes für Wirtschaftsfreiheit statt, dessen Hauptaufgabe der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Deutschösterreichs und die Beseitigung jeglicher Zwangswirtschaft ist.

Das einleitende Referat erstattete der Proponent der neuen Organisation Kommerzialrat Julius Meinel. „Unser Wirtschaftsleben“, führte er aus, „ist auf einem toten Punkt angelangt. Wenn es so weitergeht, führerlos und ohne Ziel, steuern wir dem Abgrund entgegen. Wir müssen den Wiederaufbau, die Produktion, die Arbeit beginnen. Mit Höchstpreisen aber, die ein Viertel des Weltmarktpreises betragen, mit Methoden, die nur Mißstimmung hervorrufen, fördert man die Produktion nicht. England hat es verstanden, dadurch, daß es den Landwirten die ihnen zugestandenen Preise bis auf fünf Jahre nach Kriegsende garantierte, die Produktion auf das Vierfache zu erhöhen. Amerika hat durch ähnliche Begünstigungen die landwirtschaftliche Produktion im Vorjahre auf das Doppelte einer guten Friedensernte gebracht und damit einen Rekord erzielt, den man früher nicht für möglich gehalten hätte. Wir haben Kapital genug, Banknoten genug, aber was fangen wir mit den Banknoten an, wenn die Produktion gehemmt ist, wenn wir zu den festgesetzten Preisen nichts bekommen? Die Aufhebung der Blockade durch die Entente nützt nichts, solange nicht die innere Blockade aufgehoben wird. Die Bevölkerung hat die unauslöschliche Ueberzeugung gewonnen, daß das System schlecht ist. An Stelle der Zentralen sind die Wirtschaftsverbände getreten; es sind also die Rollen vertauscht worden, der bürokratische Apparat hat durch diesen Wandel nicht gelitten. Mächtige Einflüsse sind im Spiele, die größtes Interesse haben, dieses unheilvolle System fortzusetzen. Nur eine Gegenorganisation der wirtschaftlichen Kreise kann hier Abhilfe schaffen. Wir kämpfen nicht, schloß Redner, gegen Personen, gegen eine politische Partei, wir kämpfen für unser eigenes Prinzip.“

Der Rektor der Hochschule für Bodenkultur, Professor Dr. Winkler, schloß sich den Ausführungen des Vorredners an und wies nach, daß z. B. die verkehrte Preispolitik die Milchwirtschaft erdrückt hat. Man solle der Landwirtschaft das Recht einräumen, einen Teil der Steuern in Landeserzeugnissen abzutragen, dann könnten auch die Mindestbemittelten mit Mehl und Fett versorgt werden. „Unsere Stärke“, sagte Redner, „liegt in der Viehzucht, in der Milchwirtschaft. Hier können wir so viel leisten, daß wir ins Ausland exportieren können.“ (Zustimmung.)

Nach dem Nationalrat Friedman sprach Dr. Frh. v. Epichmüller, der darauf hinwies, daß es bei Gründung des Bundes notwendig sei, zu betonen, daß diese mit der Sozialisierungssaktion nichts zu tun habe, es handle sich nur um Fragen wirtschaftlicher Natur, Fragen der Lebenseristenz. (Beifall.)

Nationalrat Partit sagte, man sei dank der Hilfslosigkeit des Ernährungsamtes und der Zwangswirtschaft in Deutschösterreich bis zur „Verdorrung“ gekommen. Im Ernährungsausschusse sei sein Antrag, daß wenigstens bei der kommenden Ernte die Kartoffeln nicht mehr staatlich bewirtschaftet werden, mit einem Sturm der Entrüstung aufgenommen worden. Und doch sei für die Preisbildung der Handel das beste Regulativ. (Beifall.)

Bei der Wahl der Bundesleitung wurden Johann zum Präsidenten Professor Dr. Wilhelm Erner, zum Stellvertreter Kommerzialrat Julius Meinel gewählt.

Notstandsbeiträge in der niederösterreichischen Großindustrie außerhalb Wiens.

Die Hauptstelle der Industriellen Arbeitgeberorganisationen verlauffahrt:

Zwischen den zuständigen Unternehmerorganisationen und dem „Bund der Industrieangestellten Österreichs“ wurde, um einer Beunruhigung der Beamtenschaft der außerhalb Wiens gelegenen Industriebetriebe Niederösterreichs vorzubeugen, in einer am 8. d. stattgefundenen Verhandlung beschlossen, in jenen Betrieben, in denen die Beamtenschaft der Betriebsleitung im Zusammenhang mit der Aktion des „Bundes der Industrieangestellten“ Forderungen auf Abschlagszahlungen oder Gewährung eines außerordentlichen Notstandsbeitrages stellt, eine Abschlagszahlung auf die in Behandlung stehenden Forderungen zu gewähren, und zwar:

Alle Beamten, welche am 21. März 1919 in Stellen waren, erhalten: Ledige Kronen 400.—, Verheiratete, sofern sie Familienerhalter sind, Kronen 600.—; für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre, wenn es eine Mittel- oder höhere Hochschule besucht, bis zum 18. Lebensjahre Kronen 40.—.